

Khadija Mohsen-Finan
Isabel Schäfer

**Die Europäische Union und
der Mittelmeerraum**

Deutsche und französische
Perspektiven seit den
arabischen Umbrüchen

**L'Union européenne
et l'espace méditerranéen**

Perspectives allemande
et française depuis
les révolutions arabes



Eine Studie des Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog – einem Kooperationsprojekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne

Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog

Das *Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog*, ein Kooperationsprojekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne, bringt seit 2010 jedes Jahr rund einhundert deutsche und französische Entscheidungsträger und Vertreter aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Kultur und Medien zusammen, um über ein zentrales Thema der Zukunft Europas zu diskutieren. In seinen letzten Ausgaben widmete sich das *Genshagener Forum* beispielsweise den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Frage einer gemeinsamen Energiestrategie für Europa und den EU-Mittelmeerbeziehungen.

Die Jahreskonferenzen des *Genshagener Forums* sind in einen umfassenden Arbeitsprozess eingebettet: Jährlich wird eine **deutsch-französische Meinungsfrage** unter 1000 Deutschen und 1000 Franzosen realisiert. Der erste Teil der Umfrage misst die Wahrnehmung der deutsch-französischen Beziehungen, der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Jahresthema der Konferenz. Zusätzlich wird eine **deutsch-französische Studie** in Auftrag gegeben, die unter Bezugnahme auf den jährlichen Schwerpunkt des Forums konkrete Politikempfehlungen formuliert.

Seit 2013 gibt es mit dem **Wanderforum** eine kürzere Auskopplung des Forums in einem Drittland. So wurde das Energiethema mit einer Auswahl der Referenten der Jahreskonferenz 2012 im darauffolgenden Sommer mit einem polnischen Publikum in Warschau diskutiert.

Weitere Informationen unter:

www.stiftung-genshagen.de/genshagenerforum

Une étude produite dans le cadre du Forum de Genshagen pour le dialogue franco-allemand – une coopération entre la Fondation Genshagen et l'Institut Montaigne

Forum de Genshagen pour le dialogue franco-allemand

Le *Forum de Genshagen pour le dialogue franco-allemand* est le fruit d'une coopération entre la Fondation Genshagen et l'Institut Montaigne. Depuis 2010, une centaine de décideurs et représentants français et allemands des mondes de la politique, de la diplomatie, de l'économie, de la culture et des médias sont invités à échanger sur un thème déterminant pour l'avenir de l'Europe. Les précédentes éditions ont notamment été consacrées aux effets de la crise économique et financière, à la question d'une stratégie énergétique commune pour l'Europe ou encore aux relations entre l'Union européenne et les pays de l'espace méditerranéen.

Les conférences annuelles du *Forum de Genshagen* s'inscrivent dans un cycle de travail complet. Chaque année, **un sondage d'opinion franco-allemand** est réalisé auprès de 1000 Allemands et Français : la première partie du sondage évalue la perception des relations franco-allemandes, tandis que la seconde porte sur le thème annuel de la conférence. Par ailleurs, **une étude franco-allemande** portant sur le sujet de l'année et formulant des recommandations politiques concrètes est réalisée.

Depuis 2013, le **Forum itinérant**, au format plus réduit, permet d'«exporter» le Forum de Genshagen en le déclinant dans un pays tiers. Ainsi, des intervenant(e)s de la conférence annuelle de 2012 ont été invité(e)s à Varsovie à l'été 2013 afin d'échanger avec un public polonais.

Pour plus d'informations:

www.stiftung-genshagen.de/genshagenerforum

Inhalt

Sommaire

DE	Abstract / Zusammenfassung	3
	Einleitung	4
	I. Der politische Wandel und die Herausbildung neuer Akteure im südlichen Mittelmeerraum	5
	II. Europäische Antworten auf den »arabischen Frühling«	8
	III. Konvergenz und Divergenz der französischen und deutschen Interessen im Mittelmeerraum	12
	IV. Was bleibt vom euro-mediterranen Projekt?	15
	V. Auf der Suche nach einer deutsch-französischen Komplementarität im Mittelmeerraum	19
	Schlussfolgerung	21
	Empfehlungen	22
	Über die Autorinnen	24
	Impressum	25
FR	Résumé	27
	Introduction	28
	I. Mutations politiques et émergence de nouveaux acteurs au sud de la Méditerranée	29
	II. Réponses européennes au « printemps arabe »	32
	III. Convergence et divergence des intérêts allemands et français en Méditerranée	36
	IV. Que reste-t-il du projet euro-méditerranéen ?	39
	V. A la recherche d'une complémentarité franco-allemande en Méditerranée	43
	Conclusion	45
	Recommandations	46
	A propos des auteurs	48
	Mentions légales	49

**Die Europäische Union und
der Mittelmeerraum**

Deutsche und französische
Perspektiven seit den
arabischen Umbrüchen

Abstract

EN

Since the end of 2010, the Arab uprisings have had tremendous impact on the Southern shore of the Mediterranean area, a region characterised by significant security-, energy-related and economic challenges. The resulting political changes have led to questioning the frameworks of political cooperation with the EU and the French and German partners respectively as they existed to date. France and Germany have, indeed, supported the transformation processes in the Arab countries in a significant way. However, each of these countries, due to their recent history and respective culture, is confronted with distinct issues when it comes to re-thinking a political and diplomatic approach towards Southern countries.

The relations between France, that is traditionally anchored in the region, and the countries of the Mediterranean area were reinforced and intensified due to ongoing internal political evolutions. Germany in turn is increasingly engaged at political and economic levels. This engenders intra-European competition, tending to take precedence over the cooperation efforts undertaken in parallel. The two countries yet pursue similar interests towards Northern African countries in the economic and energy fields as well as in terms of migration policy and democratic stabilisation.

This study offers concrete recommendations based on a partnership approach and geared towards the future.

Zusammenfassung

DE

Die arabischen Umbrüche haben seit dem Ende des Jahres 2010 die Länder südlich des Mittelmeers geprägt und sie mit drängenden Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Energie und Wirtschaft konfrontiert. Die daraus resultierenden politischen Veränderungen in der Region haben den bestehenden politischen Kooperationsrahmen mit der Europäischen Union und mit den deutschen und französischen Partnern in Frage gestellt. Tatsächlich haben Deutschland und Frankreich die Transformationsprozesse in den nordafrikanischen Ländern maßgeblich unterstützt. Dennoch sehen sich beide Länder aufgrund ihrer Geschichte und Kultur mit verschiedenen Problematiken konfrontiert, wenn es um eine Neuausrichtung ihrer Politik und Diplomatie gegenüber den Ländern des Mittelmeers geht.

Frankreich, das traditionell in der Region verankert ist, konnte seine Beziehungen zum südlichen Mittelmeerraum im Kontext der innenpolitischen Entwicklungen in der Region intensivieren. Deutschland verfolgt seinerseits zunehmend politische und wirtschaftliche Interessen gegenüber diesen Ländern. Die Folge ist eine innereuropäische Konkurrenzsituation, welche anderweitige Kooperationsbemühungen erschwert. Dennoch verfolgen Deutschland und Frankreich in Bezug auf die Länder Nordafrikas vergleichbare Interessen in den Bereichen der Wirtschafts-, Energie-, und Migrationspolitik sowie in Bezug auf die demokratische Stabilisierung in der Region.

Diese Studie formuliert konkrete Politikempfehlungen, die auf dem Partnerschaftsprinzip zwischen Nord und Süd basieren und auf die Zukunft ausgerichtet sind.

Einleitung

Die seit Ende 2010 zu beobachtende Protestbewegung im südlichen Mittelmeerraum hat zu einem Wandel im Verhältnis der Bürger zur Politik geführt und zugleich die regionale Geopolitik tiefgreifend verändert. Lange Zeit unbeachtet, machen die Zivilgesellschaften heute erfolgreich ihren Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung geltend, sei es auf nationaler oder auf regionaler Ebene. In diesem veränderten Kontext muss das Projekt einer euro-mediterranen Zusammenarbeit zwingend überdacht werden, und zwar unter Berücksichtigung der Herausbildung neuer öffentlicher Räume, anderer Artikulationsformen von Forderungen und nie dagewesenen Akteuren, die sich in diesem neu konfigurierten Raum Gehör verschaffen.

Doch bei aller Notwendigkeit einer Neubestimmung der Union für den Mittelmeerraum (UfM)¹ sollte man die Hindernisse nicht vergessen, mit denen sich bereits das ursprüngliche Projekt von 2008 konfrontiert sah. Kann es Frankreich und Deutschland gelingen, die UfM neu auszurichten, indem sie ihr ihre zentrale Bedeutung auf der euro-mediterranen Agenda zurückgeben?

Können die gemeinsamen Interessen von Paris und Berlin dazu beitragen, die Beziehungen zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum neu zu bestimmen? Lassen sich die positiven Erfahrungen des deutsch-französischen Tandems auch auf den Mittelmeerraum anwenden?

Nach einem kurzen Überblick über die politischen Veränderungen im Maghreb und im Nahen Osten sowie die europäischen Reaktionen auf die arabischen Umbrüche untersucht diese Studie, die im Rahmen des IV. *Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog*² entstanden ist, die Interessen, Strategien und Initiativen Frankreichs und Deutschlands im Mittelmeerraum. Auf der Grundlage einer kritischen Betrachtung des Projekts einer Union für den Mittelmeerraum werden schließlich einige Überlegungen zur möglichen Komplementarität zwischen der deutschen und der französischen Politik angestellt.



¹ Die »Union für den Mittelmeerraum« ist eine Gemeinschaft zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Mittelmeeranrainerstaaten sowie den an diese angrenzenden Staaten Mauretanien und Jordanien, die am 13. Juli 2008 in Paris gegründet wurde und 2010 ihre Arbeit aufnahm.

² Vom 21. bis zum 22.11.2013 fand das IV. *Genshagener Forum* zum Thema »Die Europäische Union, Nordafrika und der Mittelmeerraum: Gegenseitige Erwartungen, gemeinsame Perspektiven« auf Schloss Genshagen bei Berlin statt. Weitere Informationen unter <<http://www.stiftung-genshagen.de/genshagenerforum/>>.

I.

Der politische Wandel und die Herausbildung neuer Akteure im südlichen Mittelmeerraum

Die arabischen Revolten haben einen wirklichen Umbruch im südlichen Mittelmeerraum bewirkt. Sie führten im Inneren der Länder zu einem tiefgreifenden politischen Wandel, der das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten nachhaltig verändert hat. Im Jahr 2011 dehnte sich diese Bewegung der politischen Neustrukturierung über die Grenzen der arabischen Welt hinaus aus. Sie strahlte auf unterschiedlichen Wegen auf den nördlichen Mittelmeerraum aus, wo die Schuldenkrise, die auf die Finanzkrise von 2008 folgte, zunehmend Auswirkungen auf die politische Sphäre hatte und zu Regierungswechseln in Griechenland, Spanien und Italien führte.

Auch wenn die Situation im Norden eine andere war als im Süden, konnte man doch beobachten, dass die politischen Forderungen einer neuen Generation dieselbe Stoßrichtung hatten – einer Generation, die mit großer Heftigkeit, manchmal sogar Gewalt, die Distanz zu ihren politischen Repräsentanten anprangerte. Indem die Demonstranten des Südens ihre Unzufriedenheit mit ihren autoritären Führern zum Ausdruck brachten, trafen sie sich in ihrer Enttäuschung mit den »Empörten« des Nordens, die sich gegen die Unfähigkeit ihrer Regierungen auflehnten, ihre von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen und von der Wirtschaftskrise unterhöhlten Gesellschaften zu transformieren – Gesellschaften, die nicht imstande sind, jungen Menschen neue Perspektiven zu bieten. Und so stellte der libanesische Politiker und Historiker Georges Corm bereits kurz nach der tunesischen Revolution mit einem gewissen Augenzwinkern die Frage: »Wenn sich die Dinge im Mittelmeerraum dauerhaft ändern sollen und ein dynamisches, wettbewerbsfähiges und die soziale Gerechtigkeit verwirklichendes euro-mediterranes Ganzes entstehen soll, müsste dann nicht die europäische Zivilgesellschaft dem Beispiel dessen folgen, was bis jetzt in

den Medien herablassend als der »arabische Weg« bezeichnet wurde?«³

Die Schockwelle der tunesischen Revolution erschütterte auch die anderen autoritären Regime der arabischen Welt. Auch wenn die Forderungen je nach Land unterschiedlich formuliert wurden, ging es dagegen nicht darum, die Macht zu übernehmen. Die Demonstranten forderten Freiheit, Würde und das Ende der Privilegien für einige Wenige. Die Ausdrucksformen auf der Straße waren von Land zu Land unterschiedlich, und auch die Antworten der Machthabenden waren nicht dieselben. Dass es zu einem Nachahmungseffekt kam, macht jedoch deutlich, dass es sehr wohl eine arabische politische Sphäre gab und gibt, innerhalb derer über soziale Netzwerke kommuniziert wird und die über jene Satellitensender verfügt, die eine so wichtige Rolle dabei gespielt haben, die verschiedenen Protestbewegungen anzuschließen. Trotz der Schwierigkeiten, die den derzeitigen Transitionsprozessen innewohnen, wird in den arabischen Ländern, welche »die Revolution« erlebt haben (Tunesien, Libyen, Ägypten), politisches Handeln heute, in einem Kontext, in dem ein freier politischer Diskurs möglich geworden ist, auf eine völlig neue Weise erlebt.⁴ In den Augen der meisten Bürger muss die öffentliche Meinung im Mittelpunkt der politischen Entscheidungsfindung stehen. Ein neues Politikkonzept ist geboren und damit auch ein neuer Akteur: der Staatsbürger. Lange Zeit ignoriert, fordert er nun eine Moralisierung der Politik und die Übernahme der politischen Verantwortung durch gewählte Vertreter. Doch die Aufstände bringen auch schwierige Übergangsprozesse mit sich. All diese Länder sind heute zuvorderst mit den zahlreichen Problemen beschäftigt, die solchen postrevolutionären Phasen innewohnen.

³ Georges Corm, »Quand la »rue arabe« sert de modèle au Nord«, *Le Monde*, 13/02/2011.

⁴ Amin Allal/Thomas Pierret (Hrsg.) (2013): »Au cœur des révoltes arabes. Devenir révolutionnaires.« Paris: Armand Colin.

● Sowohl in Marokko als auch in Tunesien kamen aufgrund freier Wahlen islamistische Parteien an die Macht.

In **Tunesien** begrüßte die versammelte Menge zunächst das Abdanken Ben Alis, der in seinem politischen Ausdruck als Symbol für Autoritarismus und die Negierung der Zivilgesellschaft galt. Doch dann kam es schnell zu einer Kraftprobe zwischen den auserwählten bzw. ab Oktober 2011 offiziell gewählten Akteuren und der »Straße«, die nun die revolutionäre Legitimität für sich in Anspruch nahm. Im Namen der Revolution bekräftigte die Zivilgesellschaft nun ihre Forderung nach Demokratie.

In **Marokko** hatte König Mohammed VI. in Bezug auf den marokkanischen Transformationsprozess zunächst einen Konsens zustande gebracht. Doch 2011, unter dem Eindruck der tunesischen und der libyschen Revolutionen, ließ die »Bewegung 20. Februar«⁵ diesen Konsens brüchig werden, indem sie seine Grenzen aufzeigte. Als Reaktion auf die Demonstrationen kündigte der König eine Verfassungsreform mit dem Ziel einer Neuverteilung der Exekutivmacht an. Die wichtigste Neuerung dieser Verfassungsänderung bestand darin, dass der Premierminister nun derjenigen politischen Gruppierung angehören muss, die bei den Legislativwahlen vorne liegt. Im November 2011 kamen die Islamisten der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Parti de la justice et du développement* – PJD) an die Regierungsspitze. Sowohl in Marokko als auch in Tunesien kamen aufgrund freier Wahlen also islamistische Parteien – die PJD und die Ennahda – an die Regierung. Sie waren dazu aufgefordert, innerhalb von Koalitionen zu regieren und dafür Allianzen mit Parteien zu knüpfen, die ihre Überzeugungen nicht immer teilten. Die Regierungszusammenarbeit zwischen Islamisten und Nicht-Islamisten kann heute (im Laufe des Jahres 2013) in beiden Ländern als gescheitert

betrachtet werden, wodurch es in Marokko zu einer echten Regierungskrise gekommen ist, übertroffen noch von einer politischen Krise bisher nicht gekannten Ausmaßes in Tunesien. In Marokko gibt jedoch nach wie vor der König die politische Richtung an und wacht darüber, dass der Veränderungskurs beibehalten wird, während in Tunesien große Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft dieses Landes herrscht, in dem die Eliten auf der Grundlage eines ihnen vom Volk verliehenen Mandats regieren. Und dennoch: Trotz dieser Risiken, Konflikte und Akteure, die ohne Sicherheitsnetz regieren, ist die tunesische Transition durchaus real.⁶

In **Algerien** hingegen fand der erwartete Wandel nicht statt. Die Erdöleinnahmen ermöglichten es der herrschenden Klasse, sich den Protesten der Bevölkerung entgegenzustellen. Der Erdölboom, den das Land erlebt, verhalf dem Regime dazu, die klientelistische Maschinerie wieder anzuwerfen. Zudem ist in den Köpfen der Menschen das Trauma des Bürgerkriegs (1991 bis 2002) noch immer sehr präsent, weshalb die Algerier in der Form ihres Protests eher zurückhaltend waren. Anders als in Algeriens Nachbarländern sind aus den Forderungen, die sich in Krawallen ausdrückten, keine politischen Forderungen nach einem Regimewechsel entstanden. Denn im Gegensatz zu denjenigen Ländern der Region, die einen politischen Bruch erlebt haben, umfasst die algerische Exekutive neben dem Präsidenten auch die ranghöchsten Militärs und einen Großteil des Bildungswesens. Der Präsident Bouteflika wurde anlässlich der Wahlen im April 2014 erneut in seinem Amt bestätigt. Langfristig wird es jedoch nicht bei diesem politischen Stillstand bleiben können.

In **Libyen** folgten auf den Niedergang Muammar al-Gaddafis große politische Spannungen und ein

⁵ Die außerparlamentarische »Bewegung 20. Februar« (»M20«: Mouvement du 20-Février) benannte sich nach dem Tag der ersten großen öffentlichen Demonstrationen für mehr Demokratie in Marokko im Jahr 2011. »M20« wurde von den politischen Parteien und den Gewerkschaften in Marokko unterstützt und forderte vor allem das Ende der politischen Unterdrückung, die Befreiung der politischen Gefangenen, den Kampf gegen die Korruption und eine neue Sozialpolitik.

⁶ Khadija Mohsen-Finan, »Changement de cap et transition politique au Maroc et en Tunisie«, *Pouvoirs*, Nr. 145, April 2013, S. 105–121.

● Die regionale Neustrukturierung konfrontiert die EU und ihre Mitgliedstaaten mit einer neuen strategischen Situation im Mittelmeerraum.

Klima verschärfter Unsicherheit, da insbesondere in der Region von Bengasi, der Wiege der Revolution, sehr viele Waffen im Umlauf waren. Einige dieser Waffen fanden sich in den Händen von Dschihadisten wieder, die in den Ländern der Sahelzone ihr Unwesen treiben. Denn die Durchlässigkeit der Grenzen in Nordafrika gilt nicht nur für Personen, sondern auch für Waffen und Munition. Infolgedessen und angesichts der Folgen des Wandels für die regionale Geopolitik wurden die ehemaligen Prioritäten in der Region vollständig über den Haufen geworfen. Von einer Union des Arabischen Maghreb (UAM) ist keine Rede mehr, und die Frage einer Sahara-Union scheint marginal geworden zu sein, obwohl sie doch die Voraussetzung für die politische Integration der Maghreb-Region ist.

Die **ägyptische** und die **syrische** Krise mischen ihrerseits die diplomatischen Karten im Mittleren Osten neu. Über die Sanktionierung des Einsatzes chemischer Waffen hinaus hat der syrische Konflikt die Realität der Kräfteverhältnisse und der Beziehungen zwischen den Großmächten deutlich gemacht sowie die Zahl der Flüchtlinge in den angrenzenden Ländern dramatisch erhöht. Während die traditionellen Hauptakteure im Mittleren Osten – Ägypten, Syrien und der Irak – im Landesinneren von Gewalt und auf regionaler Ebene von Marginalisierung heimgesucht werden, hält Katar an seiner traditionellen Unterstützung der ägyptischen Muslimbrüder fest. Derweil hat Saudi-Arabien nach der Amtsenthebung von Präsident Mursi erneut sein Bündnis mit den ägyptischen Militärs bestätigt. In der syrischen Krise manifestiert sich die Differenz zwischen Doha und Riad jedoch auf andere Weise. Die Rolle des Iran wurde in der gesamten Region gestärkt. Die arabischen Umbrüche haben die Isolation Israels deutlich gemacht, das von feindlichen oder sich in bewaffneten Konflikten befindlichen Nachbarn umgeben ist (Bürgerkrieg in Syrien, neue Attentatsserie im Libanon, abgekühlte

Beziehungen zu Jordanien). Nach einer langen Phase der Blockade ist zwar ein wenig Bewegung in den israelisch-palästinensischen Konflikt gekommen (etwa in Gestalt der Versuche einer Versöhnung zwischen Fatah und Hamas, der Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UNESCO oder einer neuen Initiative für israelisch-palästinensische Verhandlungen seitens der Regierung Obama im Sommer 2013), doch eine Zwei-Staaten-Lösung erscheint unwahrscheinlicher denn je.

Diese regionale Neustrukturierung konfrontiert uns mit einer neuen strategischen Situation im Mittelmeerraum. In diesem Kontext erscheint das Vorhaben einer Union für den Mittelmeerraum, wie es Nicolas Sarkozy im Jahr 2008 in die Wege geleitet hat, überholt. Angesichts der Veränderungen, welche die Region erlebt, und nach dem politischen Scheitern der UfM ist Frankreich derzeit dabei, sein Konzept anzupassen, insbesondere indem es erneut auf der bereits 2008 verkündeten Idee eines »Mittelmeers der Projekte« (»Méditerranée des projets«)⁷ insistiert und indem es den 5+5-Dialog⁸ wiederbelebt. Bundeskanzlerin Merkel scheint ihrerseits das politische Interesse an der UfM verloren zu haben; gleichzeitig intensiviert das Auswärtige Amt seine bilateralen Beziehungen zu den Ländern des Maghreb. Die EU fährt fort, die Instrumente ihrer Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu reformieren und zu stärken und die Mittelmeerpolitik in Brüssel neu zu positionieren. Eine gemeinsame europäische Politik lag nie in weiterer Ferne als heute.

Was auch immer der Inhalt einer neuen UfM sein könnte – sie müsste in jedem Fall der neuen politischen

⁷ Präsident Hollande (PS) übertrug 2011 dem Abgeordneten Michel Vauzelle (PS), damals stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung und Präsident der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA), einen parlamentarischen Auftrag zum »Mittelmeer der Projekte«, <<http://www.leconomiste.com/article/908082-francemaroc-la-mediterran-e-des-projets-pour-revigorier-l-UpM>> (abgerufen am 14.01.2014).

⁸ Dem 5+5-Dialog gehören fünf südeuropäische Länder (Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Malta) und fünf Länder des Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Mauretanien) an.

II. Europäische Antworten auf den »arabischen Frühling«

und geostrategischen Realität im südlichen und östlichen Mittelmeerraum Rechnung tragen. Außerdem existieren weiterhin die Schwierigkeiten, mit denen sich die Union für den Mittelmeerraum bereits zuvor konfrontiert sah und die noch immer nicht ausgeräumt wurden, wie beispielsweise die fehlende Suche nach einer Lösung für die regionalen Konflikte (Israel/Palästina, Westsahara, griechisch-türkisch-zypriotischer Konflikt), die Probleme der politischen Führung in den südlichen Ländern des Mittelmeerraums, die mangelnde Befürwortung der Kooperationsrahmen für die Zusammenarbeit seitens der Länder des Südens, die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung des Terrorismus, der sich seit 2011 verschärft hat, die Frage der Personenmobilität, das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Politik gegenüber dem Süden und vor allem die Nicht-Einbeziehung der Zivilgesellschaften. Denn es sind genau diese – im Rahmen der UfM nicht berücksichtigten – Zivilgesellschaften, welche die Lage im südlichen Mittelmeerraum und darüber hinaus verändert haben. Obwohl in diesen Ländern Polizeiregime und Angst regierten, ist es den Zivilgesellschaften gelungen, den halbherzigen Kompromiss zwischen ihren Regierungen und den internationalen Akteuren (insbesondere der Europäischen Union) aufzubrechen. Die Norm, die das internationale Leben bestimmte, wurde dadurch verändert: Es sind nicht mehr nur die Imperative der Macht, die in der internationalen Politik dominieren, sondern auch der gesellschaftliche Druck, der von der arabischen und der westlichen öffentlichen Meinung ausgeht, wie der Fall Syriens zeigt.

Die arabischen Revolten haben deutlich gemacht, welche Rolle Europa im südlichen und östlichen Mittelmeer spielt und in welcher Weise es dort agiert. Nach einigen Wochen des Zögerns und wahrscheinlich auch der Verblüffung kündigte Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, eine neue »Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand«⁹ an. Dieses Dokument beinhaltet Maßnahmen für eine stärkere politische Zusammenarbeit und eine größere Berücksichtigung der Zivilgesellschaften. Darüber hinaus werden die Länder des Südens nicht mehr in ihrer Gesamtheit betrachtet, sondern die Besonderheiten der einzelnen Länder stärker berücksichtigt. Mithilfe dieser Ergänzungen versuchte die EU, die Mängel und Schwächen des Barcelona-Prozesses (1995–2008) und der Union für den Mittelmeerraum, wie sie 2008 auf den Weg gebracht wurde, zu korrigieren. Verglichen mit den Umwälzungen, die die Region erlebt, sind diese Änderungen jedoch minimal.¹⁰ Als Beweis dafür kann gelten, dass die Reform der ENP, die zum Zeitpunkt der Volksaufstände bereits im Gang war, keinerlei europäisches Bewusstsein für die Tragweite des Wandels aufweist, der sich in der Region vollzieht. Die Reform mit dem Titel »Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel«¹¹ beinhaltet nur einige kleine Änderungen und keine grundlegende Reform. In den Augen zahlreicher Beobachter kann man das

⁹ *Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand*, Gemeinsame Mitteilung an den Europäischen Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 200, Brüssel, 08.03.2011, <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0200:FIN:de:PDF>> (abgerufen am 14.01.2014).

¹⁰ Isabel Schäfer, »Les politiques euro-méditerranéennes à la lumière du printemps arabe«, in: *Mouvements, Dossier spécial »Printemps arabes, Comprendre les révolutions en marche*, Nr. 66, Sommer 2011, S. 118–126.

¹¹ *Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik*, Gemeinsame Mitteilung der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission, KOM(2011) 303, Brüssel, 25.05.2011, <http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_de.pdf> (abgerufen am 14.01.2014).

- Die EU sah sich mit politischen Akteuren konfrontiert, die sie lange Zeit ignoriert und im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Kooperation umgangen hatte.

Projekt, das sich auf die drei Achsen *Money, markets, mobility* konzentrierte und von der Devise *More for more* getragen sein sollte, eigentlich mit dem Motto *More of the same* umschreiben. Die EU, die sehr schnell an ihre alten Wirtschafts- und Handelspraktiken anknüpfte, organisierte neue Handelsgespräche über die »Deep and Comprehensive Free Trade Agreements« (DCFTA) mit den Ländern des Südens. Abgesehen von einigen Finanzhilfen, welche die postrevolutionäre Phase begleiten sollten (zum Beispiel das SPRING-Programm¹²), und von der Schaffung des neuen Postens eines Sondergesandten der EU für das südliche Mittelmeer¹³, kehrte die Europäische Union schnell zu ihren alten Gewohnheiten zurück und gab Wirtschafts- und Handelsthemen weiterhin den Vorzug gegenüber einer Zusammenarbeit mit politischem und sozialem Charakter, die der besondere Kontext im Jahr 2011 eigentlich erfordert hätte.

Trotz des Überraschungseffekts, den die arabischen Revolten von 2011 auslösten, begrüßten die EU-Vertreter den Wandel und begannen bereits im Frühjahr desselben Jahres, die Grundlagen für eine andere, angemessenere Form der Zusammenarbeit zu legen. Doch der damit verbundene Enthusiasmus, der sich ohnehin erst spät äußerte, war von kurzer Dauer. Die ersten freien Wahlen, die in Tunesien, Marokko und Ägypten den Erfolg der Islamisten offiziell bestätigten, brachten die europäischen Kommissare in die Klemme. Waren die politische Öffnung und die in Gang gebrachte demokratische Transition gleichbedeutend mit dem Installieren von Islamisten an der Spitze der Staaten oder Regierungen? Was die Situation noch verhänglicher machte, war die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen der EU und den Staaten des Südens mit dem Makel einer großen Nähe, um nicht zu sagen einer

gewissen Komplizenschaft, gegenüber den Regimen der abgesetzten Diktatoren behaftet waren. Bei der Reform der euro-mediterranen Partnerschaft und ihrer Umwandlung in die UfM wurde die Ko-Präsidentschaft dem Ägypten Hosni Mubaraks zugesprochen, und es war vorgesehen, dass das UfM-Sekretariat irgendwann vom Tunesien Ben Ali übernommen werden sollte ...

Vor 2011 hatte der implizite Pakt, der die EU mit den arabischen Eliten des südlichen Mittelmeerraums verband, darauf gegründet, dass man die Islamisten außerhalb der politischen Sphäre hielt. Mit dem Austausch eines Teils der Eliten nach den Revolutionen gelangten die zuvor marginalisierten Islamisten durch Wahlen an die Macht. Damit sahen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten mit politischen Akteuren konfrontiert, die sie lange Zeit ignoriert und im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Kooperation umgangen hatten: den Islamisten und der Zivilgesellschaft. Die EU musste nun diese unübersehbaren Veränderungen in ihre Politik gegenüber dem Süden integrieren und damit ihre Anpassungsbereitschaft an die Ereignisse im Zusammenhang mit den stattfindenden Umwälzungen unter Beweis stellen. So beschlossen die Europäische Kommission und der tunesische Premierminister Hamadi Jebali von der islamistischen Partei Ennahda im November 2012 im Rahmen der Nachbarschaftspolitik einen neuen Aktionsplan für eine »Privilegierte Partnerschaft« mit Tunesien.

Trotz dieser Anpassungen ist es der EU mehr als drei Jahre nach den arabischen Umbrüchen von 2011 nicht gelungen, zu einer adäquaten Politik gegenüber den Umwälzungen in ihrer südlichen Nachbarschaft zu finden. Angesichts ständig wechselnder Gesprächspartner und instabiler Situationen ist die europäische Diplomatie ratlos. In solchen Phasen des Übergangs, die gekennzeichnet sind vom ständigen Konflikt zwischen unterschiedlichen Fraktionen, scheint es unmöglich, genau zu sagen, wer die legitimen Ansprechpartner sind. Die diplomatische Ohnmacht der EU angesichts

¹² Siehe dazu <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-636_en.htm>.

¹³ Der Posten des Sondergesandten der EU für das südliche Mittelmeer wurde im Juli 2011 geschaffen und am 18.7.2011 mit Bernardino León besetzt.

der Absetzung von Präsident Mursi ebenso wie angesichts der Syrien-Frage zeigt diese Desorientierung sehr gut. Das Einfrieren eines Teils der europäischen Finanzhilfe für Ägypten als Sanktion der politischen Entgleisungen der ägyptischen Armee bei der Absetzung eines gewählten Präsidenten stellt in dieser Hinsicht ein Werkzeug ihrer diplomatischen Strategie dar.

Was die UfM betrifft, so zeichnete sich diese schlicht und einfach dadurch aus, dass jegliche Reaktion auf die Volksaufstände ausblieb. Ihre Vertreter brachen das Schweigen erst spät und nur, um auf die Kontinuität der ins Leben gerufenen Institutionen, wie der Ko-Präsidentschaft und des Sekretariats in Barcelona, hinzuweisen. Von der UfM wird erwartet, dass sie die bilateralen Beziehungen der EU zu ihren südlichen Nachbarn auf multilateraler und regionaler Ebene ergänzt. Auch die sechs Bereiche, auf die sich ihre Aktionen vor allem konzentrieren sollen, nämlich Mittelmeer-Solarplan, Säuberung des Mittelmeers, Ausbau der Verkehrsverbindungen auf Land und zur See, Unternehmensförderung, Bildung und Forschung und schließlich ziviler Katastrophenschutz, sind dieselben geblieben.¹⁴ Das Ausbleiben einer grundlegenden Veränderung der UfM sowohl im Hinblick auf ihre intergouvernementale Struktur als auch in Bezug auf die Projekte, die sie vorschlägt, wirft Fragen auf. Denn wie kann eine Institution, die bereits 2008 als überholt galt, nach den Umbrüchen von 2011 einfach auf die gleiche Weise weiterfunktionieren? Seit 2013 findet innerhalb des Sekretariats in Barcelona eine gewisse Neupositionierung statt, doch die Kompetenzverteilung zwischen Barcelona, Brüssel und den südlichen Nachbarländern bleibt weiterhin unklar.

Das Foto, das anlässlich der Konferenz zur Gründung der UfM im Juli 2008 in Paris gemacht wurde, zeigt sich heute in einem anderen Licht. Darauf sind die inzwischen gestürzten Staatsschefs zu sehen, wie etwa

Muammar al-Gaddafi, Präsident Ben Ali oder auch Präsident Hosni Mubarak. Anlässlich dieser Konferenz, die als diplomatischer Erfolg galt, konnten die Eliten deutlich machen, was im Mittelpunkt ihres diplomatischen und politischen Interesses stand. Dass auch Baschar al-Assad anwesend war, zeigte seinen Wunsch nach einer Rückkehr Syriens auf die internationale Bühne und danach, neue Beziehungen zu den westlichen Ländern zu knüpfen. Umgekehrt brachte das vielbeachtete Fehlen des marokkanischen Königs seine Weigerung zum Ausdruck, sich Seite an Seite mit dem algerischen Präsidenten zu zeigen, und das Fehlen Gaddafis zeigte seine Weigerung, sich an der Seite eines israelischen Repräsentanten wiederzufinden. Was Nicolas Sarkozy betrifft, konnte man den Eindruck gewinnen, dass er den Erfolg dieses Vorhabens an die Anwesenheit der politischen Verantwortlichen bei dieser Konferenz knüpfte. In Wirklichkeit glaubte niemand wirklich an die Neuaufgabe dieses euro-mediterranen Projekts, das eher inszeniert als wirklich durchdacht war. Das Treffen vom Juli 2008 im Elysée-Palast kehrte den Erwartungen der Gesellschaften im Süden, die Arbeitsplätze, angemessenen Wohnraum, eine bessere Lebensqualität und Zukunftsperspektiven benötigten, den Rücken. Diese Gesellschaften wünschten sich auch eine andere Art von Regierung und die Schaffung öffentlicher Räume, wie es sie bis dato in dieser Form nicht gab.

Drei Jahre später hat die Geschichte gezeigt, wie weit die meisten Staatsschefs – etwa Hosni Mubarak, Zine el-Abidine Ben Ali, Muammar al-Gaddafi oder auch Baschar al-Assad – von den Realitäten ihrer Länder und den Erwartungen ihrer Völker entfernt waren. Die Entscheidung für diese politischen Akteure zeigt auch, in welchem Maße die Initiatoren des Projekts Fragen der politischen Führung vernachlässigt haben. Heute Tunesien oder Ägypten in der UfM-Kopräsidentschaft durch Marokko oder Jordanien (seit 2012) zu ersetzen, löst das Problem nicht, und zwar vor allem aus zwei Gründen. Zum einen standen auch die politischen

¹⁴ Näheres dazu siehe unter: <http://ufmsecretariat.org/fr/>.

● Es ist ungenau, vom »Süden« als einer homogenen Zone oder einem monolithischen Block zu sprechen.

Eliten dieser Länder in Sachen politische Führung und Korruption des politischen Systems 2011 heftig im Kreuzfeuer. Zum anderen waren zum Beispiel Marokko und Algerien 2008 sorgfältig von der Leitung dieser Instanzen ferngehalten worden, und zwar aufgrund eines lange zurückreichenden politischen Streits zwischen den beiden Ländern rund um den Westsahara-Konflikt.

Zu den Fragen, welche die arabischen Umbrüche aufgeworfen haben, addieren sich die – bereits 2008 existierenden – Schwächen und Mängel des Projekts der UfM. Zum einen fällt es den Ländern des Südens in vielerlei Hinsicht schwer, als vollwertige Partner aufzutreten, die imstande sind, ihren Einfluss auf Entscheidungen geltend zu machen und gemeinsam mit den Europäern den Inhalt dieses Projekts zu definieren. Diese Rolle, die ihnen nie zuvor zugestanden wurde, setzt voraus, dass sie Ko-Financiers, Ideenproduzenten oder Entwickler von Gegen-Projekten sein können. Nun sind die meisten Länder des Südens aber, mit wenigen Ausnahmen, in einer prekären Situation, die sich durch die weltweite Krise von 2008 und die Folgen der Aufstände noch verschärft hat: Ihre Ökonomien befinden sich in der Krise, die jungen Menschen finden keine Arbeit. Sie erleben neue Formen der Unsicherheit, verbunden mit der Präsenz dschihadistischer Gruppen, dem Fehlen eines Rechtsstaats und der Vorherrschaft einer nationalen Idee, die verhindert, die Vorteile zu erkennen, die darin liegen würden, eine integrierte Region zu schaffen.

Was die Frage der Symmetrie betrifft, so ist es ungenau, vom »Süden« als einer homogenen Zone oder einem monolithischen Block zu sprechen. Schon vor den Aufständen von 2011, die zu einer Spaltung zwischen den Ländern im Übergang und denjenigen geführt haben, die am Erhalt ihrer politischen Systeme arbeiten, waren die Länder des Südens kaum vergleichbar und hatten nicht dieselben Erwartungen im Hinblick auf das euro-mediterrane Projekt. So sahen sich

beispielweise die erdöl- oder erdgasproduzierenden Länder, wie Algerien oder auch das Libyen Gaddafis, bereits fest im Sattel der Globalisierung und zeigten deshalb ein gewisses Desinteresse an der UfM.

Seit 2011 haben sich die Parameter der Mittelmeerpolitik somit grundlegend verändert. Eine neue gemeinsame Strategie der EU im Rahmen der ENP steht nach wie vor zur Debatte.¹⁵ So forderten viele europäische Akteure und Experten der EU-Außenpolitik, dass die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003, die bereits 2008 überarbeitet wurde, einer Revision unterzogen wird. Auch die Konzepte der Nachbarschaft und des Multilateralismus werden überprüft, und an ihre Stelle tritt nach Auffassung mancher Analysten dasjenige der Multipolarität.¹⁶ Die Autoren des Abschlussberichts des Projekts »European Global Strategy« (EGS) vom Mai 2013 schlagen vor, sich wieder auf den Charakter der EU als »Zivilmacht« zu beziehen, und zwar in Gestalt einer angemessenen Übertragung von Hoheitsgewalten und mehr Autonomie an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Ferner schlagen sie vor, den Mittelmeerraum als ein Gebiet zu betrachten, das die Golfstaaten und insbesondere das südlich der Sahara gelegene Afrika mit einbezieht.¹⁷ Dennoch würde dieser Ansatz letztendlich bedeuten, die Ansprüche der Mittelmeerpolitik der EU zu senken, sie auf eine funktionalistische Sichtweise, einen strategischen Realismus und eine desillusionierte Perspektive auf die südlichen Nachbarn zu reduzieren.



¹⁵ European Commission/High Representative (2013): European Neighbourhood Policy: Working towards a Stronger Partnership. Joint Communication. JOIN (2013) 4 final, Brüssel, 20.3.2013.

¹⁶ Roberto Aliboni (2013), The European Global Strategy and the Mediterranean, EuroMeSCo Brief Nr. 53, Barcelona: IEMed. (abgerufen am 14.01.2014)

¹⁷ Towards a European Global Strategy. Securing European Influence in a Changing World, Joint report by the International Affairs Institute (IAI), the Polish Institute of International Affairs (PRISM), the Elcano Royal Institute (RIE), the Swedish Institute of International Affairs (UI), Mai 2013, <<http://www.europeanglobalstrategy.eu/nyheter/116470>> (abgerufen am 26.03.2014).

III.

Konvergenz und Divergenz der deutschen und französischen Interessen im Mittelmeerraum

Frankreich und Deutschland haben gute Gründe dafür, die Beziehungen zu den Ländern und Gesellschaften im südlichen und östlichen Mittelmeer neu zu definieren. Die beiden Länder haben sich in der Vergangenheit zwar in unterschiedlichem Maße an den verschiedenen europäischen Initiativen beteiligt (EMP, ENP, UfM), verfolgen langfristig jedoch dieselben Ziele: Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum, wirtschaftliche Perspektiven, geteilter Wohlstand, menschliche Entwicklung und die Förderung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die Tatsache, dass die Beziehungen zu diesen Ländern auf eine lange Geschichte zurückblicken und dass zudem in Deutschland eine große türkische (und in geringerem Maße auch arabische) sowie in Frankreich eine große maghrebische Bevölkerungsgruppe lebt, verstärkt die politische und kulturelle Notwendigkeit, den ökonomischen Abstand zu verkleinern, der den Norden vom Süden dieser Region trennt. Denn tatsächlich gibt es keine andere Weltregion, die von so starken ökonomischen Disparitäten geprägt ist. In Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bedeutet dies ein Verhältnis von 1:10, mit durchschnittlich 30.000 Dollar pro Person und Jahr am nördlichen und nur 3.000 Dollar am südlichen Ufer. Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge müssten aufgrund des demografischen Wachstums auf der südlichen Seite des Mittelmeers bis 2020 ungefähr 40 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um zu verhindern, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Außerdem platzieren die Vereinigten Staaten 20 Prozent ihrer direkten Auslandsinvestitionen in Mexiko und Südamerika, Japan investiert 25 Prozent in seinem eigenen Süden (China, Thailand, Indonesien, Malaysia) – während die EU weniger als zwei Prozent in den südlichen Mittelmeerraum investiert.

Dieses Missverhältnis wurde infolge der Aufstände noch verstärkt, sodass die derzeit stattfindenden

Projekte und die Instrumente, von denen sie getragen sind, wie die ENP oder die UfM, bei Weitem nicht mehr ausreichen. Tatsächlich haben sich weniger die Bedürfnisse geändert, als dass die Antworten, die gegenwärtig gegeben werden, ineffizient geworden sind. Frankreich und Deutschland wissen, dass es notwendig ist, die derzeitige Blockade zu überwinden, um im euro-mediterranen Raum einen Bereich des Friedens und des Wohlstands zu schaffen. Doch um über die Brüsseler Rhetorik zu diesem Thema hinauszugehen und dieses Vorhaben zu konkretisieren, müssen einige Bedingungen erfüllt sein. Die Projekte müssen zugleich von einem politischen Willen getragen und auf der Ebene der Gesellschaften diesseits und jenseits des Mittelmeers diskutiert werden, was weder im Rahmen des ehemaligen Barcelona-Prozesses noch im Rahmen der UfM stattgefunden hat.

Nach dem altbekannten Dissens zwischen Frankreich und Deutschland in Bezug auf das ursprüngliche Projekt einer »Mittelmeerunion« von Sarkozy im Jahr 2007 war 2008 in Gestalt des »Barcelona-Prozesses: Union für das Mittelmeer« ein Kompromiss gefunden worden, der bis heute Gültigkeit hat und sich auf ein »Mittelmeer der Projekte« konzentriert, und zwar in dem Sinne, als man sensible Politikthemen (wie etwa Migration, Mobilität, Zugang zu den europäischen Märkten, Menschenrechte, politischer Islam, Sicherheit) umgeht und den Schwerpunkt eher auf Bereiche legt, von denen man annimmt, dass sie weniger politisch sind (erneuerbare Energien, Bildung, Katastrophenschutz, etc.). In diesem »Mittelmeer der Projekte« engagieren sich Frankreich und Deutschland durchgängig seit 2008 – halbherzig und ohne große Sichtbarkeit.

Die Herausforderung auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene ist angesichts der laut des Index der

● Deutschland und Frankreich müssen Druck auf ihre politischen Gesprächspartner ausüben und von ihnen die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens fordern, der ausländische Investoren vor Korruption schützt.

menschlichen Entwicklung (HDI)¹⁸ weit auseinanderklaffenden Entwicklungsniveaus riesig. Die meisten EU-Mitgliedstaaten und Israel gehören zu den am höchsten entwickelten Ländern der Welt, während in einigen Ländern des Südens der Zugang zu Bildung oder einfach nur zu Trinkwasser für manche nach wie vor schwierig ist. Um diese Unterschiede zu reduzieren, gewährt die EU eine substanzielle Entwicklungshilfe, und zwar sowohl im Rahmen ihrer gemeinschaftlichen Politik (insbesondere über die ENP) als auch über bilaterale Beziehungen von EU-Mitgliedstaaten zu ihren südlichen Nachbarn, dies jedoch ohne sich allzu sehr um Fragen der politischen Führung in den betreffenden Staaten zu sorgen. Die Konditionalität der ENP ist noch nie wirklich angewandt worden, und das 2011 eingeführte Prinzip des *more for more* ist nach wie vor politisch umstritten – einmal ganz abgesehen davon, dass seine Wirksamkeit fragwürdig ist.¹⁹ Frankreich und Deutschland sollten zudem entschiedener der vermeintlich zugewiesenen traditionellen Arbeitsteilung innerhalb der EU entgegenwirken, wonach Deutschland die wirtschaftlichen Fragen und die Lenkung der ENP im Osten überlassen werden, während Frankreich für politische Fragen und die Festlegung einer europäischen Politik gegenüber der südlichen Nachbarschaft zuständig sei. Diese implizit unterstellte Arbeitsteilung erscheint nach 2011 als weniger sachdienlich denn je.

Paris und Berlin haben ein gemeinsames Interesse an einem Klima der Stabilität und Sicherheit im Mittelmeerraum. Denn dieses ist die Voraussetzung dafür,

¹⁸ Der letzte Bericht über die menschliche Entwicklung erschien im März 2013 und stützt seine Analysen auf den Human Development Index (HDI; *Index für menschliche Entwicklung*) der Vereinten Nationen. Dabei handelt es sich um einen Wohlstandsindikator für Länder des UNDP. <<http://www.undp.org/content/undp/fr/home/librarypage/hdr/human-development-report-2013/>> (abgerufen am 14.01.2014).

¹⁹ Die positive Konditionalität sieht vor, dass die EU diejenigen Länder finanziell und wirtschaftlich stärker unterstützt, die bereit sind, politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen, um so zwischen den Nachbarländern einen Wettbewerb in Bezug auf den Zugang zu europäischen Geldern in Gang zu bringen.

dass deutsche und französische Unternehmer wieder in den Ländern des Südens investieren und die Entwicklung in dieser Region fördern können. Diese beiden Länder nördlich des Mittelmeers müssen Druck auf ihre politischen Gesprächspartner machen und von ihnen fordern, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der ausländische Investoren vor Korruption schützt. Seit 2011 wurden einige Berufsbildungsprogramme (zum Beispiel das deutsche duale System der Berufsbildung) ins Leben gerufen, um die Berufsausbildung besser an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und die Nachfrage der Unternehmen anzupassen und diese Region somit für europäische Unternehmensführungen attraktiver zu machen. Heute sind es aber auch vor allem die niedrigen Löhne in bestimmten Sektoren (u.a. in der Textilindustrie), die europäische Investoren anlocken. Würden die Löhne entsprechend den Forderungen der Arbeiter und Gewerkschaften steigen, könnten sich die Investoren für andere Zielländer entscheiden.

Jedoch sollten sich die Beziehungen nicht auf den Wirtschafts- und Sicherheitsbereich beschränken. Frankreich und Deutschland bekunden beide ein Interesse am politischen und gesellschaftlichen Erfolg der politischen Transformationsprozesse, die aktuell im Gange sind.²⁰ In denjenigen Ländern, in denen eine neue Verfassung geschrieben wird, wird die Arbeit der damit beauftragten Parlamente von den französischen und deutschen politischen Verantwortlichen genau verfolgt. So äußerte etwa Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Mai 2013 Sorgen in Bezug auf einen Paragrafen im tunesischen Verfassungsentwurf, in dem es um die Beziehungen Tunesiens zum Staat Israel geht. Der Änderungsantrag ging auf die Wünsche der islamistischen Ennahda-Abgeordneten zurück: Er sah die Kriminalisierung

²⁰ Ausführlicheres zu den deutschen Reaktionen auf die arabischen Aufstände in: Isabel Schäfer, *Entre idéaux et intérêts: les nouvelles perspectives françaises et allemandes sur le Maghreb. Visions franco-allemandes*, Ifri, Nr. 22, Februar 2012.

● Die Frage, die Franzosen und Deutsche grundlegend trennt, bleibt eindeutig die der Militärinterventionen.

jeglicher Normalisierung der Beziehungen zu Israel vor und definierte den Zionismus als rassistische Bewegung. Unter dem Druck der nicht-islamistischen Abgeordneten und der Opposition wurde der Änderungsantrag zurückgezogen. Dieses Beispiel zeigt, dass die deutsche Regierung die Hoffnung hatte, es könne zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen den verschiedenen arabischen Ländern im Mittelmeerraum und Israel kommen. In Wahrheit jedoch haben sich die Spannungen angesichts des wachsenden politischen Einflusses islamistischer Akteure eher verschärft.

Im Fall Ägyptens, insbesondere als Präsident Mursi abgesetzt wurde (Juli 2013), versuchte die deutsche – wie auch die europäische – Diplomatie, die Rolle eines Mediators zwischen den Muslimbrüdern und der ägyptischen Armee zu spielen. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle (FDP) reiste nach Kairo, aber ohne Erfolg. Die Bundeskanzlerin hingegen fasste eine andere Form des Drucks auf die aktuellen Ereignisse ins Auge, nämlich einen Stopp der deutschen Waffenlieferungen an Ägypten. Im August 2013, nach dem Vorstoß der Armee, traf Berlin die Entscheidung, einen Teil seiner Finanzhilfe für Ägypten einzufrieren. Welche Mittel und Wege auch immer befürwortet wurden, haben sich Frankreich und Deutschland beide – ohne explizit von einem Staatsstreich zu sprechen – gegen eine Machtübernahme durch die Armee und gegen die Methoden ausgesprochen, die angewandt wurden, um Präsident Mursi abzusetzen.

Trotz dieser gemeinsamen Interessen gibt es auch viele Divergenzen zwischen den beiden europäischen Ländern. Denn bei einer ganzen Reihe von Themen ist es so, dass Berlin und Paris gegensätzlicher Meinung sind, konkurrieren oder zweigleisig fahren – so etwa beim Umgang mit dem libyschen Übergangsprozess, der Zukunft der UfM, den Zielen und Auswirkungen der ENP, den ökonomischen und energiepolitischen Interessen, dem Konflikt in Mali, dem Syrien-Konflikt, den Beziehungen zu den Islamisten oder dem Umgang

mit den Migrationsbewegungen (Infragestellung des Schengen-Systems im Jahr 2011). Die Frage, die Franzosen und Deutsche grundlegend trennt, bleibt eindeutig die der Militärinterventionen. Berlin bezog Position gegen eine Militärintervention in Libyen, genauso wie gegen eine Intervention in Mali oder Syrien.

Der Syrien-Konflikt hat einmal mehr die unterschiedlichen Ansätze von Paris und Berlin in Bezug auf militärische Antworten auf Krisen verdeutlicht. Deutschland legt eine prinzipielle Zurückhaltung an den Tag, wenn es darum geht, eine klare Position in Bezug auf eine militärische Intervention einzunehmen. Bereits im März 2011 überraschte Deutschland seine Partner im UN-Sicherheitsrat mit seiner Enthaltung bei der Abstimmung über eine Intervention in Libyen. In der Syrien-Frage verurteilte Angela Merkel zwar die »Verbrechen gegen die Zivilisation«, schloss gleichzeitig aber jede Beteiligung an einer militärischen Operation aus. Mit der Unterzeichnung der Erklärung Barack Obamas anlässlich des G20-Gipfels vom 6. September 2013 durch die Bundeskanzlerin, verbietet sich jede Kritik Deutschlands gegenüber einer militärischen Intervention in Syrien.²¹ Tatsächlich ist die deutsche Gesellschaft in ihrer großen Mehrheit gegen eine militärische Intervention. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Entscheidung für eine militärische Operation in Syrien im Vorfeld der Bundestagswahlen in Deutschland am 22. September 2013 anstand.

Mangels einer klaren Zustimmung aus Berlin und anderen EU-Mitgliedstaaten wollte Paris sichergehen, dass kein EU-Land eine Offensive in Syrien verurteilen würde. Europa zeigt sich einmal mehr unfähig, mit einer Stimme zu sprechen, wenn es um Fragen der

²¹ Anlässlich des G20-Gipfels am 5. und 6.09.2013 in Sankt Petersburg hatte es Deutschland als einziges europäisches Land in der Tat zunächst abgelehnt einen Text zu unterzeichnen, der von den USA und zehn weiteren Staaten veröffentlicht worden war, und der in Anbetracht der Situation in Syrien zu einer »klaren Botschaft« aufrief. Einen Tag später schloss sich die Bundeskanzlerin dann doch der Erklärung der G20 an, die daraufhin in Vilnius verabschiedet wurde.

IV. Was bleibt vom euro- mediterranen Projekt?

Sicherheit geht. Frankreich ruft unablässig zum Aufbau einer europäischen Verteidigung auf, betont zugleich aber die freie Entscheidung jedes Staates. Zu einer »Europe puissance« kann es jedoch nur dann kommen, wenn die Mitgliedstaaten, zumindest die wichtigsten von ihnen, sich entschließen, ihre Truppen zu vereinen. Tatsächlich hat kein europäisches Land allein die Mittel, um politisch und finanziell eine glaubwürdige Verteidigungspolitik auf internationaler Ebene zu verfolgen.



Untersucht man das Verhältnis Frankreichs und Deutschlands zu den Ländern des Südens, so sind es ganz sicher nicht die deutsch-französischen Beziehungen, die hier auf dem Prüfstand stehen – diese sind in ihrer Entstehung und Funktionsweise nach wie vor beispielhaft. Es sind vielmehr die Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum, wie sie 1995 konzipiert und 2008 überarbeitet wurden, bei denen es nicht voranzugehen scheint. Die deutsch-französische Krise von 2007/2008 war ein Indikator für die Schwächen der Mittelmeerpolitik der EU und ihrer wichtigsten Mitgliedstaaten. Der Barcelona-Prozess war ursprünglich ein europäisches Projekt, das 2007 zu einem französischen Projekt gemacht werden sollte. Denn als der Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy 2007 in Tanger unter dem Namen »Mittelmeer-Union« ein neues Projekt vorstellte, spiegelte dieses einige spezifisch französische Anliegen wider. Genau wie andere europäische Länder (beispielsweise Italien und Spanien) kann Frankreich »seinen Süden« nicht ignorieren. Die geografische Nähe, eine mit der Kolonialisierung verknüpfte gemeinsame Geschichte und die Anwesenheit einer großen Anzahl von Menschen mit maghrebinischem Migrationshintergrund auf französischem Boden – von der mehr als die Hälfte heute französische Staatsbürger sind – haben eine besondere Beziehung zwischen Frankreich und dem Maghreb entstehen lassen. Hinter dem dringenden Wunsch Frankreichs, sein Verhältnis zu den Ländern der Region neu zu definieren, stand das Ziel, mit dem Kolonialismus endgültig abzuschließen, zugleich aber einen gewissen Einfluss zu bewahren – einen Einfluss, den auch andere Länder immer mehr anstrebten. Paris musste somit seine Ambitionen und seine Politik überdenken und sich dabei fragen, wie es innerhalb eines globalen Systems, in dem neue Akteure, wie etwa China, auf den Plan traten, seine Interessen wahren konnte.²²

²² Khadija Mohsen-Finan, »L'Union pour la Méditerranée : vers de nouvelles relations Nord-Sud«, Encyclopédia Universalis, 2009, S. 118–126.

● **Wie kann man die Länder des Südens ins Boot holen?
Wer sind ihre legitimen Vertreter? Und wie kann man vor
allem die Zivilgesellschaften beider Mittelmeerufer für
das Projekt gewinnen?**

Nun waren die Beziehungen zwischen Paris und den Ländern des Maghreb in den letzten zehn Jahren von Spannungen mit der ehemaligen französischen Kolonie Algerien²³ und einer Art »Paternalismus« gegenüber der marokkanischen Königsfamilie geprägt, wie er in der internationalen Politik gemeinhin kaum vorstellbar ist. In seiner ursprünglichen Form hatte das Projekt durchaus etwas Überzeugendes, hatte es doch das Potenzial, die Länder des Südens dafür zu gewinnen, einen bewusst vage gehaltenen Inhalt gemeinsam zu definieren. Dabei breitete Paris jedoch über zwei wichtige Aspekte den Mantel des Schweigens: Zum einen distanzierte es sich mit seinem neuen Projekt von den anderen EU-Mitgliedstaaten, mit denen es sich eigentlich im Barcelona-Prozess engagiert hatte, und zum zweiten trug Frankreich der Fähigkeit der Länder des Südens, wirkliche Partner zu sein, mit diesem Projekt nicht ausreichend Rechnung.

Dass keine Abstimmung mit Madrid und Berlin stattfand, wurde dort so empfunden, als wollte Paris die Akteure des Barcelona-Prozesses an den Rand drängen, um nicht zu sagen: als wollte es die EU, Deutschland und die nördlichen und östlichen Mitgliedstaaten aus dem Mittelmeerraum hinausdrängen, um ein von Paris getragenes Konkurrenzprojekt zu starten. Berlin stellte sich erklärtermaßen aus zwei Gründen gegen das französische Projekt: Das Vorhaben ließ diejenigen Mitgliedstaaten außen vor, die keine Anrainerstaaten des Mittelmeers sind, und konnte so zu einer Spaltung der Europäischen Union beitragen. Berlin war der Ansicht, dieses Projekt sollte als europäisches Projekt im Interesse aller Länder dieser Region sein. Im Anschluss an ein Treffen zwischen der deutschen Kanzlerin und Präsident Sarkozy im März 2008 in Hannover wurde dem Europäischen Rat schließlich ein Kompromiss in Gestalt eines gemeinsamen Textes

präsentiert. Dieser Text ermöglichte es, alle EU-Mitgliedstaaten mit ins Boot zu holen. Er schlug die Schaffung der Union für den Mittelmeerraum vor, die Angela Merkel zufolge als »ein Projekt der Europäischen Union mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums« konzipiert war. Es ging folglich darum, den Barcelona-Prozess fortzuführen, indem man ihn neu anstieß. Von Sarkozys Projekt blieb das Ziel übrig, den euro-mediterranen Raum auf eine andere Weise zu organisieren. Die wichtigste Änderung sollte demnach in einer größeren Symmetrie zwischen den Partnern im Norden und im Süden des Mittelmeerraums bestehen. Letztere waren somit eingeladen, die Projektinhalte mit zu definieren. Hierfür dachte man sich zwei neue Instanzen aus, die dafür sorgen sollten, dass ihre Partizipation auch Wirklichkeit wurde: die Ko-Präsidentschaft und das Sekretariat der UfM.

Schon 2008 warf dieser Kompromiss-Text zahlreiche Fragen auf; heute, nach den arabischen Umbrüchen sind sie noch zahlreicher geworden. Wie kann man die Länder des Südens ins Boot holen? Wer sind ihre legitimen Vertreter? Und wie kann man vor allem die Zivilgesellschaften beider Mittelmeerufer für das Projekt gewinnen? Wie können Projekte wie die Säuberung des Meeres prioritären Charakter erhalten? Sind die Fragen der politischen Führung und der Korruption in den Ländern des Südens geklärt, damit eine wirkliche Partnerschaft aufgebaut werden kann? Bewegen wir uns innerhalb einer Logik der Assoziierung der Länder des südlichen Mittelmeers oder einer wirklichen Partnerschaft?

Darüber hinaus: Grundet das Projekt als Ganzes nicht auf dem Mythos einer Einheit des Mittelmeerraums, der größer ist als alle Entwicklungsgegensätze? Inwiefern hat sich die UfM von dem Wunsch Frankreichs emanzipiert, seinen diplomatischen Einfluss auf die Länder des südlichen Mittelmeerraums zu behaupten?

²³ Während des Algerienkriegs (1954–1962) kämpften algerische Nationalisten für ein unabhängiges Algerien gegen die Kolonialmacht Frankreich; er hinterließ nachhaltige Spuren in den französisch-algerischen Beziehungen.

● Für Deutschland hatte es nie zuvor intergouvernementale Gespräche auf Staatssekretärebene mit einem Land des Maghreb gegeben.

Als zu diesen Fragen, die bislang ohne Antwort geblieben sind, eine Anfrage an die sozialistische Regierung von Präsident Hollande gerichtet wurde, beschloss diese, zumindest der Form nach, einen Schnitt zu machen, und zwar im Hinblick auf die Verwaltung der französischen Mittelmeerpolitik. Das Thema wird nämlich jetzt – und das ist durchaus symbolisch – nicht mehr vom Elysée-Palast bearbeitet, sondern fällt in die Zuständigkeit des Außenministers. Dieser Kompetenztransfer soll ein handlungsorientiertes, weniger politisches Bild des Themas vermitteln. Die neue Regierungsmannschaft betont nun also den Pragmatismus.

Auf deutscher Seite interessieren sich seit den Protestbewegungen von 2011 die Diplomatie, aber auch die Medien, die öffentliche Meinung und die zivilgesellschaftlichen Organisationen stärker als früher für die Länder Nordafrikas. Deutschland hat die Umwälzungen in Nordafrika zu einem sehr frühen Zeitpunkt begrüßt, aber zugleich auch die Möglichkeit unterschätzt, dass islamistische Parteien die Wahlen gewinnen könnten. Bundesaußenminister Westerwelle war einer der ersten europäischen Außenminister, die sich auf den Weg nach Tunis machten, am 12. Februar 2011, einen Monat nach der Revolution, um die Unterstützung Deutschlands beim Transformationsprozess anzubieten. Im Auswärtigen Amt wurde eine neue Arbeitsgruppe gebildet, die sich den »Transformationspartnerschaften« (vor allem mit Tunesien und Ägypten) widmet und auf der Neustrukturierung bestehender Einheiten beruht. Im August 2011 wurde mit Volkmar Wenzel ein persönlicher Beauftragter des Bundesaußenministers berufen, der für die Beziehungen zur arabischen Welt zuständig ist. Berlin engagiert sich vor allem für die Transformationsprozesse in Tunesien und Ägypten, für welche die »Transformationspartnerschaften« geschaffen wurden. Diese Partnerschaften sollen den demokratischen Übergang fördern und zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation beitragen.

Teilweise sind auch Jordanien, Marokko und Libyen einbezogen.

Neben dieser »Transformationspartnerschaft« wurde mit Tunesien auch noch eine »Sicherheitspartnerschaft«²⁴ und eine »Energiepartnerschaft«²⁵ geschlossen. Seit 2011 wurde eine große Zahl von Kooperationsprojekten zwischen Deutschland und Tunesien lanciert, in so unterschiedlichen Bereichen wie der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, den Medien, der Zivilgesellschaft, der beruflichen Bildung sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Kultur. Für die Zeit von 2011 bis 2013 wurden dafür 30 Millionen Euro bereitgestellt. Im März 2012 reiste der tunesische Regierungschef Hamadi Jebali zu Gesprächen mit der deutschen Kanzlerin nach Berlin. Auf seinen Besuch folgte derjenige des tunesischen Präsidenten Moncef Marzouki im März 2013. Am 12. September 2012 fanden die ersten tunesisch-deutschen Regierungskonsultationen auf der Ebene der Staatssekretäre statt, welche die Grundlagen für eine verstärkte Zusammenarbeit legten. Für Deutschland hatte es nie zuvor intergouvernementale Gespräche auf dieser diplomatischen Ebene mit einem Land des Maghreb gegeben – Gespräche, an denen neben dem deutschen Kanzleramt neun Ministerien beteiligt waren. Die Regierungskonsultationen finden von nun an zweimal im Jahr statt. Gegenstand der Gespräche sind die in Tunesien stattfindenden Reformen und die Möglichkeiten einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. In der »Gemeinsamen Erklärung anlässlich der ersten deutsch-tunesischen Regierungskonsultationen auf Staatssekretärebene« vom 12. September 2012 betonen die beiden Länder

²⁴ Diese Sicherheitspartnerschaft soll Tunesien bei der Implementierung von demokratischen, dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit konformen Strukturen unterstützen.

²⁵ Die zentralen Elemente der deutsch-tunesischen Energiepartnerschaft sind der Ausbau des Stromnetzes, die Energieeffizienz, die Energieforschung, die Erneuerbaren Energien sowie die politische Unterstützung von Desertec. <http://www.tunis.diplo.de/Vertretung/tunis/fr/05/Wirtschaftliche__Zusammenarbeit/Seite__Energiepartnerschaft.html> (abgerufen am 14.01.2014).

- Mit dem Aussparen politischer Themen und der ausschließlichen Beschäftigung mit sektoralen Themen entscheidet sich Frankreich für Bequemlichkeit und Minimalismus und entfernt sich damit vom eigentlichen Geist des euro-mediterranen Projekts, der ein zutiefst politischer war und sein muss.

ihren Wunsch, gemeinsame Interessen zu verfolgen.²⁶ Tunesien wird nach wie vor als positives Beispiel für einen demokratischen Transformationsprozess gesehen, und dies trotz der politischen Krisen, mit denen sich das Land konfrontiert sieht.

Deutschland unterstützt auch den Aufbau einer »Privilegierten Partnerschaft« der EU mit Tunesien. Diese Unterstützung wird Tunesien jedoch nur dann zuteil, wenn es im Gegenzug rechtsstaatliche Prinzipien und andere in der Erklärung genannte Punkte respektiert. Die Unterstützung unterliegt ferner dem Konditionalitätsprinzip der ENP. Die bilaterale deutsch-tunesische Zusammenarbeit umfasst im Übrigen drei Bereiche: 1. Bildung / Hochschulbildung / berufliche Aus- und Weiterbildung, 2. Forschung und Entwicklung, einschließlich des Energiebereichs, 3. Good Governance, insbesondere den Kampf gegen Korruption, sowie juristische Kooperation in Bezug auf rechtsstaatliche Normen. Für die Zeitspanne 2012/2013 hat der deutsche Außenminister zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für den Transformationsprozess in Nordafrika bereitgestellt. Außerdem wurden die tunesischen Staatsschulden umgeschuldet, was eine Investition in die Reformen von zusätzlichen 60 Millionen Euro möglich machte.

Abgesehen von dieser Intensivierung der bilateralen Beziehungen – die dem allgemeinen Trend einer Renationalisierung der Außenpolitik aller EU-Mitgliedstaaten folgt – unterstützt Deutschland die UfM weiterhin in finanzieller und institutioneller Hinsicht, wenn auch recht leidenschaftslos.

Die UfM soll sich mit großen »Baustellen« wie dem Ausbau der Seeverkehrswege oder auch dem

Mittelmeer-Solarplan befassen. Mit ihrem Ansatz eines »Mittelmeers der Projekte« versteht sie sich, verglichen mit früher, bewusst als stärker pragmatisch ausgerichtet. Trotzdem unterscheidet sich dieser Ansatz in seiner Rhetorik nicht immer von den lyrischen Höhenflügen, die früher mit dem UfM-Projekt einhergingen. So erklärte der Abgeordnete Michel Vauzelle, Beauftragter für das »Mittelmeer der Projekte«, es gehe darum, »gemeinsame Interessen zu definieren und Baustellen anzugehen, deren Bearbeitung den Bevölkerungen an beiden Ufern des Mittelmeers von Nutzen sind«.²⁷ Zweifellos stehen dahinter nach wie vor gute Absichten, doch es bleibt das Problem bestehen, zu definieren, was für die Gesellschaften des »Südens« von Nutzen sein kann. Man sieht hier, dass die Schwierigkeiten, die bereits zu erkennen waren, als die UfM ins Leben gerufen wurde, nach wie vor nicht beseitigt wurden. Hinzu kommt die Tatsache, dass die sozialistische Regierung Hollandes den Wind der Demokratisierung, der durch die arabische Welt des Mittelmeers weht, nicht ignorieren kann, genauso wenig aber auch die konterrevolutionären Tendenzen, die sich Bahn brechen (wie beispielsweise in Ägypten). Die französische Regierung kommt nicht umhin, die Grundlagen einer Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zu überdenken und dabei auch diejenigen Themen auf den Tisch zu bringen, die zu Verstimmungen führen. Mit dem Aussparen politischer Themen und der ausschließlichen Beschäftigung mit sektoralen Themen entscheidet sich Frankreich für Bequemlichkeit und Minimalismus und entfernt sich damit vom eigentlichen Geist des euro-mediterranen Projekts, der ein zutiefst politischer war und sein muss. Insofern kann auch das 5+5-Treffen, das am 7. Oktober 2012 auf Malta stattfand – das erste seiner Art seit den arabischen Revolten – nicht als Erfolg betrachtet werden, ging es doch eher um

²⁶ Siehe Auswärtiges Amt (2012): *Gemeinsame Erklärung anlässlich der ersten deutsch-tunesischen Regierungskonsultationen auf Staatssekretärsbene*, Berlin, 12.09.2012, <<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/625616/publicationFile/171696/120912-Gem-Erklärung.pdf>> (abgerufen am 20.01.2014).

²⁷ Siehe auch die persönliche Homepage von Michel Vauzelle: »Ich bin vom Staatspräsidenten mit einer Mittelmeer-Mission beauftragt«, Post vom 13.12.2012, <<http://michel-vauzelle.fr/a-la-une/je-suis-charge-d-une-mission-en-mediterranee-par-le-president-de-la-republique>> (abgerufen am 27.03.2014).

V. Auf der Suche nach einer deutsch- französischen Komplementarität im Mittelmeerraum

Absichtserklärungen als um einen konkreten Dialog über besonders heikle Themen. Dass im Oktober 2013 im UfM-Sekretariat in Barcelona ein 5+5-Treffen zum Thema »wirtschaftliche Zusammenarbeit« stattgefunden hat, zeigt jedoch den aktuellen Trend zu einer geopolitischen Neuorientierung, der von der Regierung Hollande unterstützt wird. In Berlin findet der 5+5-Dialog hingegen keine größere Beachtung.

Die Entscheidung für den (erneuten) sektoralen Ansatz der UfM ist nicht per se zu verwerfen. So unterstützen Frankreich und Deutschland beispielsweise die sehr nützliche Idee eines »Mittelmeer-Erasmus« und fördern große Entwicklungsprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie. Die beiden Partnerländer sind auch im Kultur- und im Sicherheitsbereich aktiv. Indem man sich für den sektoralen Ansatz entscheidet, entfernt man sich jedoch unausweichlich von den Zielsetzungen des ursprünglichen Projekts, um es sich in einer Politik bequem zu machen, die stark einer Entwicklungs- und Ko-Entwicklungshilfe ähnelt. Hollandes anlässlich seines Marokko-Besuchs im Frühjahr 2013 angekündigte Initiative einer »Industriegemeinschaft« zeigt, in welchem Maße es den französischen Verantwortlichen, die für eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Mittelmeerufnern zuständig sind, an Vorstellungskraft mangelt. Dieses viel kritisierte Konzept, das nun als neue Idee präsentiert wurde, besteht darin, europäisches Savoir-Faire in den südlichen Mittelmeerraum zu transferieren und zugleich von den niedrigen lokalen Löhnen zu profitieren, wie es einige deutsche Unternehmen in den 1990er Jahren in den mittel- und osteuropäischen Ländern gemacht haben.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind in der europäischen Geschichte beispielhaft und wurden oft als eine Art Modell angeführt, das Anregungen für die euro-mediterrane Zusammenarbeit bieten könne. Tatsächlich könnten eine ganze Reihe von Elementen und Mechanismen des politischen Dialogs als Vorbild dienen. Dennoch: Die Tatsache, dass Europa schon immer die Tendenz hatte, seinen eigenen Institutionalismus auf den Rest der Welt zu projizieren, auch auf den Mittelmeerraum, sollte man kritisch betrachten. Der Barcelona-Prozess (nach dem Modell des damaligen KSZE-Prozesses)²⁸ und das ursprüngliche Projekt einer »Mittelmeerunion« (nach dem institutionellen Modell der Europäischen Union) sind nur zwei Beispiele hierfür. Denn die Länder des Südens haben sich diese Institutionen oder Organisationen letztlich nicht zu Eigen gemacht. Vielleicht wäre es vielversprechender, sich vom Geist der deutsch-französischen Freundschaft inspirieren zu lassen – im Sinne einer Normalisierung der Beziehungen von unten und eines Austausches, der in vielen unterschiedlichen Bereichen und kontinuierlich zwischen der deutschen und der französischen Gesellschaft stattfindet – und eher in Foren, Begegnungen und informelle Dialoge zu investieren, oder aber die südlichen Nachbarn von Anfang an in den Prozess der Schaffung neuer Institutionen zu integrieren. Ein ständiger, intensivierter Dialog auf Augenhöhe zwischen den Ländern rund ums Mittelmeer ist nötig und stellt eine Vorbedingung für den Erfolg einer künftigen institutionellen Zusammenarbeit dar. Dieser Ansatz ist es auch, der dem Format des 5+5-Dialogs bei den arabischen Partnern erneut eine gewisse Popularität eingebracht hat. Er ist informell und findet zwischen Partnern statt, die als gleichwertig betrachtet werden. Umgekehrt besteht jedoch der Nachteil dieses Formats darin, dass es rein intergouvernemental ist und bis heute nicht zu definitiven Entscheidungen oder konkreten gemeinsamen Aktionen geführt hat.

²⁸ Aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) wurde 1995 die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

- Wenn der politische Dialog künftig nicht deutlich vielfältiger und intensiver und mit der Gesamtheit der Akteure geführt wird – insbesondere mit den Zivilgesellschaften –, hat Europa nichts aus den arabischen Umbrüchen gelernt.

In der Vergangenheit haben sowohl Frankreich und Deutschland als auch die anderen Mitgliedstaaten und die EU in unterschiedlichem Maße mit den autoritären Regimen des Maghreb und des Maschrek zusammengearbeitet. Wenn der politische Dialog künftig nicht deutlich vielfältiger und intensiver und mit der Gesamtheit der Akteure geführt wird – insbesondere mit den Zivilgesellschaften –, hat Europa nichts aus den arabischen Umbrüchen gelernt. Im Laufe der letzten drei Jahre ist deutlich geworden, dass zwischen der deutschen und der französischen Diplomatie wenig Austausch über den Wandel im Mittelmeerraum stattgefunden hat. Das hängt nicht nur mit dem Regierungswechsel in Frankreich zusammen, sondern auch mit den unterschiedlichen und immer mehr auseinandergehenden Sichtweisen darauf, welche Finanz- und Wirtschaftspolitik die EU verfolgen sollte. Um stattdessen das Potenzial zu nutzen, das in der Komplementarität zwischen den jeweiligen strategischen, politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Perspektiven der beiden Länder liegt, sollten sich Frankreich und Deutschland gegenseitig in ihren jeweiligen diplomatischen Reflexionsprozess einbeziehen, etwa wenn Deutschland beschließt, Regierungskonsultationen mit einem Land des südlichen Mittelmeerraums einzuführen – wie etwa mit Tunesien seit 2012 – oder Frankreich den 5+5-Dialog wieder aufleben lässt.

Angesichts der aktuellen politischen Situation im Mittelmeerraum ist offensichtlich, dass dies nicht der geeignete Moment ist, um eine neue deutsch-französische Initiative größeren Ausmaßes zu starten. Die an sich weitsichtige Idee eines »Marshall-Plans für das Mittelmeer«, die im März 2011 von einigen führenden Köpfen der Sozialdemokraten (Frank-Walter Steinmeier und Günter Closer) aufgebracht wurde, musste wieder begraben werden, und dies umso mehr, als die Umwälzungen in den arabischen Ländern zeitgleich mit der europäischen Finanzkrise stattfanden. Allerdings gibt es einige Sektoren und konkrete

Bereiche, in denen die deutsch-französische Zusammenarbeit der europäischen Mittelmeerpolitik neue Anstöße geben könnte. So erweist sich beispielsweise im Sektor der erneuerbaren Energien, auf einem neuen, der Konkurrenz vieler Akteure unterliegenden Markt, eine deutsch-französische Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Rahmens als entscheidend, wobei die Berücksichtigung der Interessen der Länder des südlichen Mittelmeerraums von zentraler Bedeutung ist. Das Ziel politischer Strategien, aber auch einer Überprüfung der EU-Außenwirtschaftspolitik sollte sein, zu einer Win-win-Situation zu kommen – für die europäischen Länder ebenso wie für die des südlichen Mittelmeerraums.

Die vielfältigen Projektebenen, Umsetzungsformen und Erfolge der deutsch-französischen Freundschaft auf der Ebene der Zivilgesellschaft – ob im Forschungs-, Kultur- und Bildungssektor oder aber auf Vereinsebene – könnten als Beispiele für einen intensivierten und breiteren Dialog zwischen den Zivilgesellschaften Deutschlands, Frankreichs, Europas und des südlichen und östlichen Mittelmeerraums dienen. Es gilt, sich von diesen Beispielen inspirieren zu lassen und davon ausgehend neue, an die jeweiligen lokalen und regionalen Kontexte angepasste Wege und Instrumente zu finden, um die Transformationsprozesse stärker, besser und auf andere Weise unterstützen zu können. Was schließlich die demografische Entwicklung in den verschiedenen Ländern (Alterungsprozess der europäischen Bevölkerung, hoher Anteil der Jugend an der maghrebischen Bevölkerung) und Fragen der Arbeitsmarktmobilität angeht, so könnten Frankreich und Deutschland gemeinsam über die sozialen und politischen Dimensionen des Arbeitsmarktes nachdenken und Vorschläge für einen neuen gemeinsamen europäischen Ansatz im Umgang mit dieser großen künftigen Herausforderung für die Europäische Union erarbeiten.

Der Mittelmeerraum ist vielfältig, dynamisch und hochgradig interdependent. Mit den neueren und noch

Schlussfolgerung

stattfindenden Entwicklungen in den Ländern rund ums Mittelmeer ist die Zukunft dieses Gebiets noch ungewisser geworden. Während die Wirtschafts- und Finanzkrise viele südeuropäische Länder betrifft und den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union in erheblichem Maße in Frage stellt, sind viele Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums von politischen und sozialen Krisen geschüttelt.



Folgt man der Fragestellung dieser Studie, dann bildet der Mittelmeerraum einen Raum gemeinsamer Interessen, die sich zunehmend überschneiden. Einerseits sind die Länder des südlichen Mittelmeerraums derzeit mit ihren komplexen inneren Transformationsprozessen beschäftigt und erwarten dabei von Europa Unterstützung und zugleich Distanz. Andererseits existieren einige große Herausforderungen, welche die Länder des Nordens ebenso wie die des Südens betreffen, wie etwa die Fragen der Migration, der Energie und Umwelt, des transnationalen Handels, des weltweiten Terrorismus oder der Sicherheit. Die zunehmende Verflechtung der Ökonomien Europas, Nordafrikas und des Mittleren Ostens sowie die globalisierten Märkte erfordern eine immer engere Zusammenarbeit. Zudem intensivieren sich aufgrund der vielfältigen Mobilitätsformen und der wachsenden Zahl von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft auch die zwischenmenschlichen Vernetzungen zwischen dem Norden, dem Süden, dem Westen und dem Osten des Mittelmeerraums.

Zwei Dinge sind dabei entscheidend: Einerseits muss den Zivilgesellschaften der Länder südlich des Mittelmeers mit mehr Respekt begegnet und ihnen Unterstützung bei der internen politischen und sozialen Integration angeboten werden. Andererseits erscheint uns ein erneuerter politischer Dialog zwischen den europäischen Partnern und den Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeerraums von grundlegender Bedeutung – ohne dabei den Austausch zwischen französischen und deutschen Verantwortungsträgern zu vernachlässigen.



Empfehlungen

Um einen neuen politischen Ansatz zwischen der Europäischen Union und dem Mittelmeerraum zu unterstützen, empfehlen wir Maßnahmen bzw. grundsätzliche Entscheidungen auf drei Ebenen:

(I) Politik und Diplomatie

Die geopolitische Situation in der Region unterliegt rapiden Veränderungen, geprägt von Transformationsprozessen, die noch nicht abgeschlossen sind. Jedoch geht es weder darum, die bestehenden Kooperationen zwischen der Europäischen Union und dem Mittelmeerraum in Frage zu stellen, noch die derzeitigen Rahmenbedingungen durch neue institutionelle Modalitäten zu ersetzen – dafür ist es noch zu früh. Die Reform und die Neubestimmung der Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland, der EU und den Partnerländern im südlichen und östlichen Mittelmeerraum sollten vielmehr eine Neuorientierung innerhalb des bestehenden Ansatzes bezeugen. Diese Neuausrichtung ist besonders im Hinblick darauf notwendig, dass Beziehungen zu den neuen Akteuren (Zivilgesellschaften, islamistische politische Akteure) geknüpft werden müssen. Eines Umdenkens bedarf es aber auch bezüglich der zentralen Frage der politischen Führung sowie der bestehenden Mobilitätshemmnisse, der mangelnden Akzeptanz, welche die südlichen Partner den Rahmenbedingungen der europäischen Zusammenarbeit (UfM, Europäische Nachbarschaftspolitik) entgegenbringen, oder auch in der Frage der Lösung regionaler Konflikte. Dabei geht es zuallererst darum, ein offenes Ohr für die Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung im südlichen und östlichen Mittelmeerraum zu haben – was bislang nicht der Fall war. In diesem Sinne könnte eine verstärkte kontinuierliche und dauerhafte deutsch-französische Zusammenarbeit in denjenigen Bereichen, die sich innerhalb der EU-Institutionen mit dem Mittelmeerraum befassen, neue Anstöße geben – nicht nur mit Blick auf einen ausgewogeneren und auf Gleichberechtigung zwischen dem Norden und dem Süden beruhenden Dialog, sondern auch bezüglich eines Klimas der Stabilität und Sicherheit, das für ausländische Investoren unerlässlich ist.

(II) Wirtschaft und Gesellschaft

Die Konkurrenz zwischen Frankreich und Deutschland im Maghreb, die im ökonomischen und industriellen Bereich zweifellos herrscht, ist für die Länder der Region nicht wünschenswert. Notwendig wäre stattdessen, dass sich die beiden europäischen Partner in der Gestaltung ihrer

Beziehungen zu den Ländern des östlichen und südlichen Mittelmeerraums von ihren traditionellen Handlungsfeldern lösen. So könnte Frankreich den osteuropäischen Ländern ein wesentlich größeres Interesse entgegenbringen, während Deutschlands (bereits erheblich gesteigertes) Interesse für den südlichen Mittelmeerraum weiter wachsen könnte. Im Rahmen einer ständigen interministeriellen und für externe Experten offenstehenden Arbeitsgruppe zu Mittelmeerfragen, angesiedelt beim deutschen und beim französischen Außenministerium, könnte eine neue Form des vertieften und kontinuierlichen Austausches in Gang gesetzt werden (in Gestalt von gegenseitiger Information sowie Formen politischer Beratung und Abstimmung). Diese Arbeitsgruppe könnte auch andere, an euro-mediterranen Themen interessierte Ministerien (Verteidigung, Wirtschaft, Umwelt, Soziales, etc.) sowie Experten und Partner aus dem Süden miteinbeziehen.

Insbesondere die folgenden Themen wären hierbei von großem Interesse: die Unterstützung von Transformationsprozessen und Arbeitsbeschaffungsprogrammen, die Entwicklung eines neuen Kontrollmechanismus für Waffenverkäufe von EU-Mitgliedstaaten in die Region oder auch die Unterstützung bei der Frage einer gemeinsamen Verteidigungspolitik.²⁹ Deutschland und Frankreich könnten sich innerhalb eines europäischen Rahmens stärker um substanzielle und drängende Probleme wie die Einwanderung kümmern, beispielsweise mit der Schaffung einer deutsch-französisch-mediterranen Arbeitsgruppe, die sich mit Fragen einer neuen EU-Migrationspolitik befassen und mit Experten aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Berufsbildung sowie mit Demografen und Unternehmensvertretern zusammenarbeiten würde. Die Infragestellung des Schengen-Systems nach den arabischen Umbrüchen hat die Notwendigkeit eines tiefergehenden Dialogs gezeigt – nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch mit den Partnerländern im Maghreb und Maschrek. Mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den meisten arabischen Ländern, die sich im Transitionsprozess befinden, und die Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie angesichts des steigenden Interesses Frankreichs und Deutschlands im Sektor der erneuerbaren Energien im Maghreb könnte die Entwicklung eines deutsch-französisch-mediterranen Arbeitsbeschaffungsprogrammes im Bereich der erneuerbaren Energien (zusammen mit dem Mittelmeer-Solar-

plan) hier als Leuchtturmprojekt dienen. Auch die Entwicklung eines Unterstützungsprogramms zur Gründung (privater) Arbeitsvermittlungen für junge Akademiker und Nicht-Akademiker in den benachteiligten Regionen des Maghreb wäre denkbar, ebenso wie ein Austausch- und Unterstützungsprogramm für Geschäftsgründungen junger deutsch-französisch-mediterraner Unternehmer.

(III) Forschung, Kultur und Bildung

Austausch auf wissenschaftlicher, kultureller und menschlicher Ebene bildet die Grundlage jedweden Verständnisses zwischen verschiedenen Gesellschaften und Ländern. Das deutsch-französische Tandem hat diesbezüglich in der Vergangenheit wie in der Gegenwart äußerst gute und von Erfolg gekrönte Erfahrungen gemacht, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Forschung. Unserer Ansicht nach wäre es somit wünschenswert, sich noch stärker von den bestehenden Programmen und Projekten der deutsch-französischen Zusammenarbeit inspirieren zu lassen und darüber nachzudenken, wie sie kopiert und in verschiedenerlei Hinsicht an die euro-mediterrane Zusammenarbeit angepasst werden könnten.

Forschung

Insbesondere in der Forschung ist die deutsch-französische Zusammenarbeit sehr weit entwickelt und äußerst vielfältig, nicht nur innerhalb des europäischen Rahmens, sondern auch auf bilateraler Ebene. Daher schlagen wir die Gründung eines interdisziplinären Forschungszentrums für deutsch-französisch-maghrebinische Studien in Berlin vor, für und mit jungen Forschern aus Europa und dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum, die – in Zusammenarbeit mit bestehenden Forschungsinstitutionen und Think Tanks – gemeinsam über die neuen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Herausforderungen im euro-mediterranen Raum arbeiten würden. Dieses Zentrum würde den Aufbau trilateraler Netzwerke junger Wissenschaftler aus Frankreich, Deutschland und dem Maghreb ermöglichen, um gemeinsam Forschung zu betreiben und so die unterschiedlichen wissenschaftlichen Kulturen der jeweils »Anderen« besser kennenzulernen und sich gegenseitig zu inspirieren.

Kultur

Es war eine politische Entscheidung der beiden Staatsoberhäupter François Mitterrand und Helmut Kohl, die 1991 zur Gründung des deutsch-französischen Kultur-Fernsehsenders ARTE geführt hat. Inzwischen ist der Sender zu einem festen und erfolgreichen Bestandteil der europäischen audiovisuellen Landschaft geworden. Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, einen euro-mediterranen Fernsehsender mit ähnlichem Auftrag zu lancieren.

Bildung

Auch im Bildungsbereich wäre es wünschenswert, im großen Maßstab ein Austauschprogramm zwischen europäischen und arabischen Gymnasien für Schüler der Sekundarstufe II (vor dem Abitur oder einem äquivalenten Abschluss) zu entwickeln und dabei dem Beispiel bereits bestehender Schüleraustauschprogramme zwischen Frankreich und Deutschland zu folgen (beispielsweise dem Brigitte-Sauzay-Programm³⁰ sowie anderen Programmen des Deutsch-Französischen Jugendwerks). Die Ausweitung und Intensivierung bereits bestehender universitärer Austauschprogramme zwischen Europa und den arabischen Ländern (wie Erasmus Mundus oder Tempus) könnte, zusammen mit den notwendigen Begleitmaßnahmen, die Mobilität von Studierenden, Doktorandinnen und Doktoranden, Forschenden und universitärem Personal zwischen den beiden Mittelmeerufeln erleichtern und stärken. Das Angebot an diversen akademischen Austauschprogrammen würde von einer euro-mediterranen Organisation verwaltet – ähnlich etwa dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD).

²⁹ Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates vom 19. und 20. Dezember 2013, deren thematischer Schwerpunkt auf Sicherheits- und Verteidigungsfragen lag, sprach sich Frankreich für die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds zur Finanzierung von Notfallinterventionen in krisengeschüttelten Ländern aus. Nachdem die Europäische Union ihre politische Zustimmung zu den französischen Militäroperationen *Serval* (in Mali) und *Sangaris* (in Zentralafrika) bekundet hatte, appellierte Präsident Hollande an die EU, die französischen Militärinterventionen in Afrika auch finanziell zu unterstützen. Ein ständiger europäischer Fond würde es ermöglichen, Notfallmaßnahmen so lange zu finanzieren, bis sie unter den Status friedenserhaltender Maßnahmen der Vereinten Nationen fielen und ihnen damit die entsprechenden Finanzmittel zugute kämen.

³⁰ Das Brigitte-Sauzay-Programm dient dem mittelfristigen individuellen Schüleraustausch zwischen Frankreich und Deutschland und wird seit 1989 vom Deutsch-Französischen Jugendwerk gefördert. Näheres dazu siehe: www.dfwj.org/brigitte-sauzay-programm.

Über die Autorinnen

Dr. Khadija Mohsen-Finan hat einen Doktor in Politikwissenschaften (IEP Paris) und ein Diplom in Geschichtswissenschaften (Université d'Aix-en-Provence). Als wissenschaftliche Mitarbeiterin am l'Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS) in Paris unterrichtet sie an der Universität von Paris I Panthéon Sorbonne und an Science Po Paris. Seit 2001 lehrt sie zudem im Rahmen des Masterstudiums MIM an der Universität Ca'Foscari in Venedig. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich sowohl mit dem Maghreb, dem Mittelmeerraum und der arabischen Welt in den internationalen Beziehungen als auch mit der Integration der muslimischen Bevölkerungsgruppen in Europa. Derzeit arbeitet sie an ihrer Habilitation zum Thema der Transition und Rekonfiguration politischer Räume in Marokko und Tunesien.

Dr. Isabel Schäfer absolvierte das deutsch-französische Doppelstudium in Politikwissenschaften am Institut d'Études Politiques de Paris (IEP) sowie am Otto Suhr Institut (OSI) der FU Berlin und promovierte ebenfalls an der Freien Universität Berlin. Heute ist sie Senior Research Fellow und Dozentin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet dort das Projekt »Mittelmeer Institut Berlin« (MIB). Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a.: Mittelmeerstudien als Regionalstudien; Europäisch-Arabische Beziehungen, Euro-Mediterrane Beziehungen; EU-Außenpolitik; politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse im südlichen und östlichen Mittelmeerraum. Derzeit arbeitet sie an ihrer Habilitation zum Thema »Mobilität, Identität und Transition in den europäisch-arabischen Beziehungen«.

Impressum

Über die Genshager Papiere

Die Genshager Papiere sind eine Publikationsreihe des Bereichs »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« der Stiftung Genshagen. Sie widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen.

Ziel dieser Reihe ist es, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso policy-orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshager Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.

Herausgeber

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen
Telefon: +49(0)3378-805931
Telefax: +49(0)3378-870013

Redaktion

Isabelle Maras & Nina Henke

Übersetzung

Daniela Böhmler

Layout

M.O.R. Design, Nina Henke

Internet

www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

Diese Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2014



Die vorliegende Publikation erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Auswärtiges Amt



Die **Genshagener Papiere** sind eine Publikationsreihe des Bereichs »Europäischer Dialog – Europa politisch denken« der Stiftung Genshagen. Sie widmen sich europapolitischen Themen im Allgemeinen sowie der bi- und trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen.

Ziel dieser Reihe ist es, die Ergebnisse der Stiftungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch das flexible Publikationsformat umfasst die Reihe ebenso policy-orientierte wie stärker essayistisch und wissenschaftlich ausgerichtete Texte. Autoren sind sowohl etablierte als auch jüngere Wissenschaftler, europapolitische Experten und Journalisten. Die Genshagener Papiere erscheinen mehrmals pro Jahr, sind online zugänglich und liegen teilweise auch in gedruckter Form vor.



Les **Genshagener Papiere** sont une série de publications du domaine d'activité « Dialogue européen – Penser l'Europe politique » de la Fondation Genshagen. Ils sont consacrés aux questions de politique européenne et plus particulièrement à la coopération bi- et trilatérale entre la France, l'Allemagne et la Pologne.

Leur objectif est de diffuser auprès d'un large public les résultats du travail mené par la Fondation. La série des Genshagener Papiere est ouverte à des auteurs reconnus ou issus de la jeune génération, d'horizons divers : chercheurs, journalistes et spécialistes de politique européenne. Elle vise à diffuser différents types de documents, aussi bien des essais ou articles scientifiques que des textes présentant des recommandations politiques (sous forme de policy papers). Les Genshagener Papiere paraissent à plusieurs reprises dans l'année et sont disponibles en ligne.